



# 11011

## Der Kommunalbrief

Erstes Quartal 2020 | Q1

## Verlässlichkeit & Verantwortung – dafür stehen wir heute, morgen und in Zukunft

Was für ein Start in das Jahr. Nervenzehrendes Ringen um den richtigen Weg begleitet uns auf allen Ebenen: Sei es in Brüssel, auf Bundesebene oder in den Ländern, wie die dramatischen Vorgänge und deren Folgen in Thüringen zeigen.

In dieser Zeit, in der so vieles hinterfragt wird, braucht es Institutionen, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Wenn & Aber verlassen können. Die Verantwortung übernehmen, Orientierung und Sicherheit geben. Wir Stadtwerke und kommunale Unternehmen sind der kompetente Anker vor Ort.

### 67 Prozent der Deutschen vertrauen uns

Das ergibt das aktuelle Institutionen-Ranking von forsa\*. Kommunale Unternehmen gehören damit zur Spitzengruppe in Deutschland. Wir freuen uns über dieses Feedback. Ein starker Vertrauensbeweis in die Daseinsvorsorge, die wir gern für alle Menschen in unserem Land leisten.

### Kommunale sind Experten für KWK und Erneuerbare Energien

Die Kommunalwirtschaft will auch künftig den Wandel zum Wohle aller gestalten. Beispiel Klimaschutz durch Energiewende: Bei der aktuellen Diskussion um das Kohleausstiegsgesetz sind uns ein kritischer Blick auf den aktuellen Pfad wichtig (Seite 2/3) sowie angemessene Entschädigungen für die Investitionen der kommunalen (Steinkohle)Kraftwerksbetreiber. Dazu muss ein verlässlicher Rahmen für die neue Energiewelt geschaffen werden. Das Zusammenspiel der klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Erneuerbare Energien muss weiter effizient und effektiv verstetigt werden, um CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale zu realisieren. Welche Leitplanken hier ohne Zaudern zu setzen sind: Seite 4.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

### Schwerpunkte dieser Ausgabe



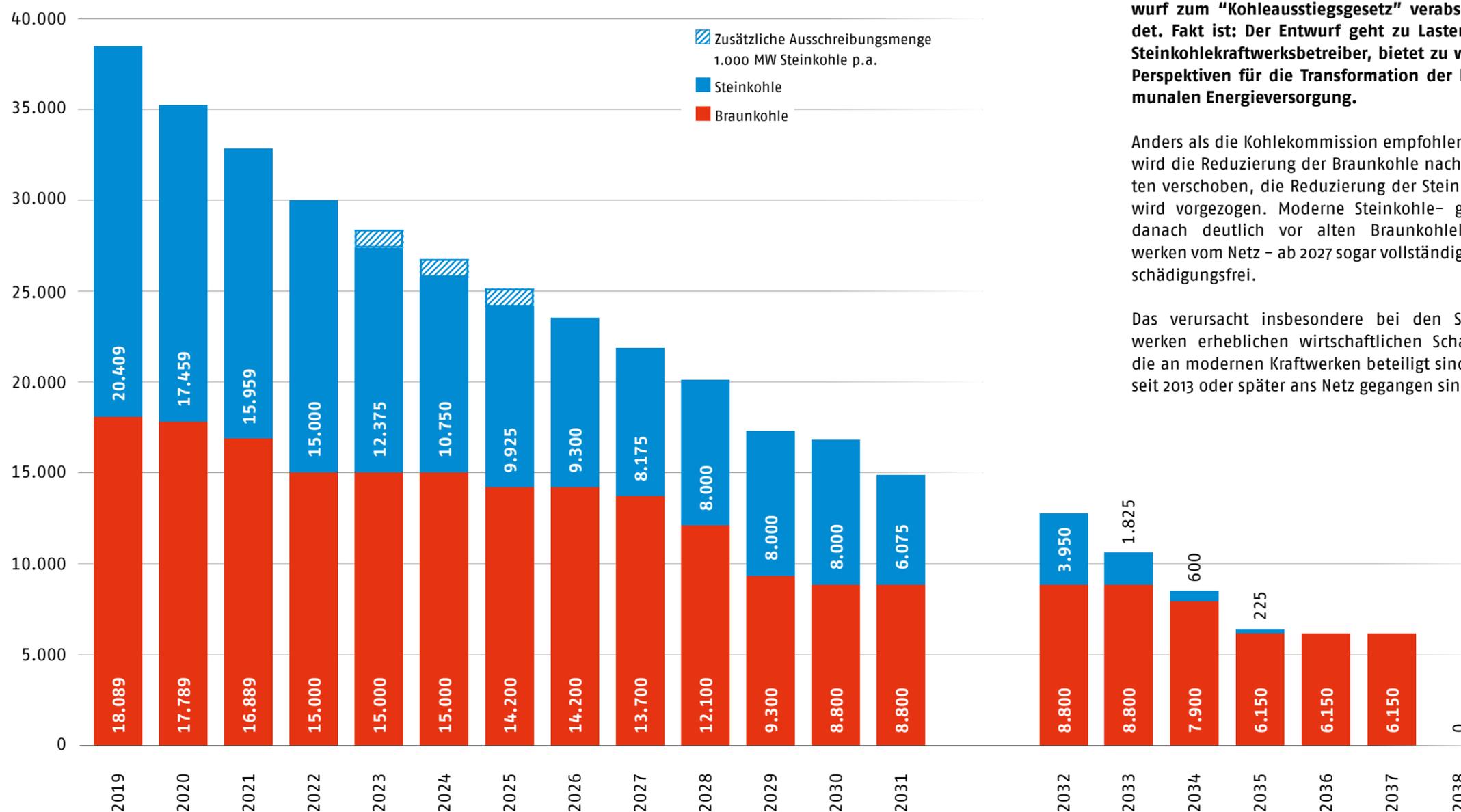
In dieser Ausgabe des Kommunalbriefs möchten wir Ihnen einen Einblick in zentrale Themen geben, die die Kommunalwirtschaft gerade bewegen: Kohleausstieg, Ausbau der Erneuerbaren sowie der Kraft-Wärme-Kopplung, Reform der Abwasserabgabe sowie lebenswerte Städte ohne viel Plastikmüll.

Editorial.....	1
Kohleausstiegspfad und Kritik.....	2/3
KWK und erneuerbare Energien.....	4
Abwasserabgabe.....	5
Verpackungsgesetz.....	6
Aktuelle Themen in Kürze.....	7
Politisches Frühstück.....	8





## ERRECHNETES ZIELNIVEAU FÜR DEN KOHLE AUSSTIEGSPFAD BIS 2038\*



## Entwurf zum Kohleausstiegsgesetz bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten

Am 29. Januar hat das Bundeskabinett den Entwurf zum "Kohleausstiegsgesetz" verabschiedet. Fakt ist: Der Entwurf geht zu Lasten der Steinkohlekraftwerksbetreiber, bietet zu wenig Perspektiven für die Transformation der kommunalen Energieversorgung.

Anders als die Kohlekommission empfohlen hat, wird die Reduzierung der Braunkohle nach hinten verschoben, die Reduzierung der Steinkohle wird vorgezogen. Moderne Steinkohle- gehen danach deutlich vor alten Braunkohlekraftwerken vom Netz – ab 2027 sogar vollständig entschädigungsfrei.

Das verursacht insbesondere bei den Stadtwerken erheblichen wirtschaftlichen Schaden, die an modernen Kraftwerken beteiligt sind, die seit 2013 oder später ans Netz gegangen sind.

Auch Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sind von frühen Stilllegungen betroffen. Das Gesetz schafft keine Perspektiven für ersetzende klimafreundliche Technologien: Weder reicht der in den Ausschreibungen festgesetzte Höchstpreis noch setzen die Regelungen zur KWK-Förderung genügend Anreize für einen Brennstoffwechsel von Kohle auf Gas. Das Resultat: Viele Stadtwerke müssten kurzfristig auf ineffiziente und emissionsintensive Ersatzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wärmeversorgung setzen.

Das Gesetz zeigt zudem keine Wege aus der Ausbaukrise der Windenergie noch regelt es die Aufhebung des 52-GW-Photovoltaik-Deckels. Wenn der Ausbaudeckel in Kürze erreicht wird, rutschen wir nach der Wind- auch in eine PV-Krise.

Unsere Positionen für das parlamentarische Verfahren:

- keine Stilllegung von Kraftwerken ohne angemessene Entschädigung,
- Verlängerung der Stilllegungs-Ausschreibungen für Steinkohlekraftwerke bis 2030,
- bessere Anreize für den Brennstoffwechsel von Kohle auf Gas und EE bei KWK-Anlagen,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Neubau von KWK-Anlagen,
- dringend notwendige Regelungen für den weiteren EE-Ausbau schaffen.

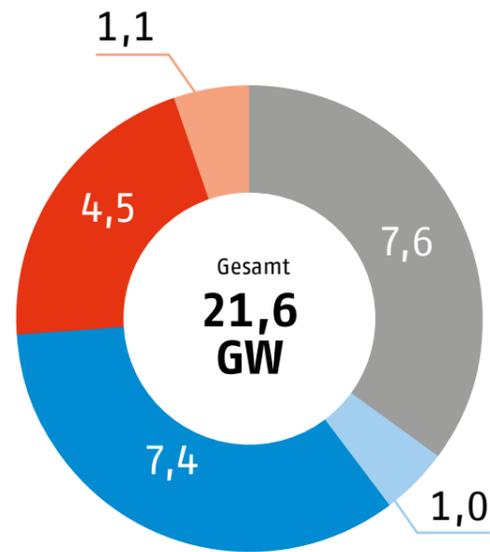
\* Auf Basis des Kabinettsbeschluss zum Kohleausstiegsgesetz vom 29.1.2020



## Steinkohlekraftwerkspark 2020 Elektrische Leistung in GW (Netto-Nennleistung) \*

**Kondensationskraftwerke**  
■ nicht kommunaler Anteil  
■ kommunaler Anteil

**KWKs**  
■ nicht kommunaler Anteil  
■ kommunaler Anteil  
■ Industrie-KWK < 150 MW



\* Basis: Kraftwerksliste BNetzA und eigene Berechnung, Kraftwerk DattelIn 4 eingerechnet

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

## Erneuerbare Energien und KWK sind zwei Seiten derselben Medaille

Strom aus Sonne, Wind & Co ist das prägende Element des künftigen Energiesystems. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien (EE) bei 65 Prozent am Stromverbrauch liegen. Die witterungsabhängige EE-Erzeugung braucht ein flexibles und zuverlässiges Pendant. Das kann nur die klimafreundliche und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sein. Sie sorgt für Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme, spart erheblich CO<sub>2</sub>-Emissionen ein. Allein 2016 wurden bis zu 54 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch KWK eingespart.\*

### KWK-Anlagen produzieren gleichzeitig Strom und Wärme

Besonders in Ballungsräumen bieten Wärmenetze die einzige Möglichkeit, EE und Abwärme in die Wärmeversorgung zu integrieren. Fortschritte bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze können nur mit KWK-Anlagen erzielt werden. Sie können mit biogenen Brennstoffen und perspektivisch mit synthetischem Gas betrieben werden.

Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Flexibilität gibt es nicht zum Nulltarif. Stadtwerke benötigen Planungssicherheit und Perspektiven für die Refinanzierung getätigter Investitionen. Das bieten weder die aktuelle KWK-Förderung noch die neuen Regelungen zum KWKG im Kohleausstiegsgesetz. Der Entwurf stellt vor allem Stadtwerke, die heute ihre Kommunen mit Steinkohle beheizen, vor enorme Herausforderungen.

**Der im Entwurf angesetzte Fuel-Switch-Bonus in Höhe von 180 Euro je Kilowatt installierte Leistung reicht nicht, um auf Gas umzurüsten. Die Unternehmen brauchen ein Bonus in Höhe von mindestens 450 Euro je Kilowatt.**

Auch für den Neubau von KWK-Anlagen reicht die aktuelle Förderung nicht aus. Der Evaluierungsbericht zeigt das deutlich.\*

**Neben erheblichen Korrekturen im Kohleausstiegsgesetz braucht es eine grundlegende Reform des KWKG noch in diesem Jahr.**

\*laut KWK-Evaluierungsbericht im Auftrag des BMWi von April 2019



## Abwasserabgabe: Nicht immer alles auf den Gebührenzahler abwälzen

**Die Regierungsparteien wollen die Abwasserabgabe weiterentwickeln. Aus VKU-Sicht sollte man sich dabei nicht nur auf die Finanzierung einer vierten Reinigungsstufe in Kläranlagen konzentrieren. Eine Fortschreibung macht nur dann Sinn, wenn sie die aktuellen Probleme aufgreift, vor denen Abwasserentsorger stehen.**

Chemikalien begegnen uns alltäglich: Bei der Körperpflege, beim Verwenden von Spül- oder Waschmitteln oder von Medikamenten. Deren Rückstände landen in der Umwelt und im Wasser: eine zunehmend große Herausforderung für die kommunale Wasserwirtschaft. Mit der häufig propagierten Etablierung vierter Reinigungsstufen können aber nicht alle dieser Spurenstoffe zurückgehalten werden, obwohl dafür ein sehr großer Energie- und Ressourceneinsatz notwendig ist.

Umso wichtiger ist es, diese Substanzen frühzeitig zu vermeiden oder zu reduzieren. Dafür brauchen wir **Anreize auf der Herstellerseite**. Der Ansatz, über eine Abgabe von allen Abwasserentsorgern pauschal Geld einzusammeln, greift zu kurz, zumal flächendeckend eingeführte technische Lösungen teuer sind. Denn dabei ist gar nicht mal sicher, ob die getätigten Investitionen auch in einigen Jahren noch sinnvoll sind.

Eine genaue Prüfung der jeweiligen Situation vor Ort ist deshalb notwendig: Eine vierte Reinigungsstufe kann ein Baustein sein, muss aber eingebettet in ein Maßnahmenbündel sein.

**Mit Blick auf die Kosten, die beim Verbraucher ankommen, braucht es eine Gesamtbetrachtung: Die Novellierung der Abwasserabgabe ist nur eine politische Initiative neben vielen, die sich kostensteigernd auswirken. Für den Gebührenzahler entscheidend ist aber die Summe aller Mehrbelastungen.**

**Die Reform der Abgabe macht nur dann Sinn, wenn der zunehmende Investitionsbedarf der Abwasserentsorger mit sozialverträglichen Entgelten vereinbar ist. Gerade in dünn besiedelten Gebieten ist die Bezahlbarkeit der Infrastruktur schon jetzt eine Herausforderung.**

## Kostendruck steigt kontinuierlich

Hohe Kosten für den Verbraucher



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





[www.vku.de/kommunalbrief-q1-2020](http://www.vku.de/kommunalbrief-q1-2020)

---> Hier gelangen Sie mit einem SCAN zu den Meldungen und den angegebenen Links

## Weiterentwicklung des Verpackungsgesetzes zügig auf den Weg bringen

Mit der Kunststoffrichtlinie hat die EU ambitionierte Vorgaben für mehr Ressourcenschutz und saubere Kommunen gemacht. Viele der Vorgaben sollen im Verpackungsgesetz geregelt werden. Der VKU plädiert für dessen zeitnahe Weiterentwicklung, um die EU-Vorgaben umzusetzen – dabei sollten zugleich bestehende Probleme der Verpackungsentsorgung behoben werden.

Die Ziele der Richtlinie sind ehrgeizig:

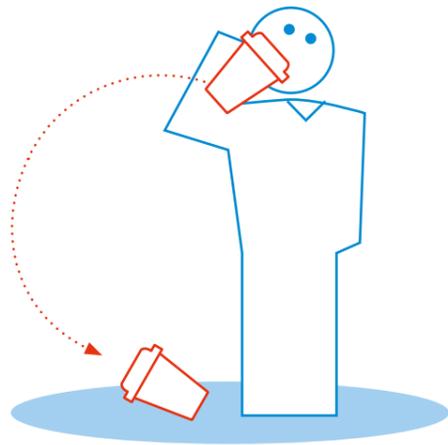
- **Überflüssige Einweg-Kunststoffprodukte wie Wattestäbchen sollen verboten werden,**
- **die Menge der Einweg-Kunststoffprodukte soll eingedämmt werden,**
- **die finanzielle Herstellerverantwortung soll auf die Reinigung von Kunststoffeinwegprodukten im öffentlichen Raum ausgeweitet werden.**

Insbesondere die Einführung der Herstellerverantwortung kann viele Abfälle vermeiden – wenn die Sache richtig angegangen wird. Für eine ambitionierte Umsetzung der EU-Kunststoffrichtlinie hat sich bereits der Bundesrat ausgesprochen.

Die Weiterentwicklung des Verpackungsgesetzes sollte dafür genutzt werden, Praxisprobleme in der Zusammenarbeit der Kommunen mit den für die Verpackungsentsorgung beauftragten Dualen Systemen zu beheben. Leider zeigt sich, dass die Systeme mehr an Kostenersparnis als an der Bereitstellung bürgerfreundlicher und recyclingfreundlicher Entsorgungsmöglichkeiten interessiert sind. Das führt zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunen und Dualen Systemen, die die Entsorgungswirtschaft unnötig lähmen.

Der VKU plädiert daher dafür, den Kommunen mehr Kompetenzen zuzuschreiben. Das betrifft etwa die Sammlung von Glas. Hier sollten die Kommunen befugt sein, den Systemen die Einrichtung von Unterflurbehältern vorzuschreiben. Außerdem muss endlich dafür gesorgt werden, dass sich der Versandhandel in angemessenem Umfang an den Sammelkosten der Kartonagen, die in der Papiertonne gesammelt werden, beteiligt.

2,8 Mrd. Einwegbecher nutzen die Deutschen pro Jahr



Mit dieser Menge kann man rund

# 8 Millionen

*Straßenpapierkörbe füllen*

(Quelle: UBA 2019)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

## Themen, die uns beschäftigen



### 1 | Save the Date: Tag der Daseinsvorsorge am 23. Juni

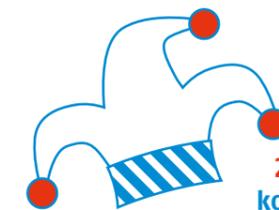
Kommunale Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Der Tag der Daseinsvorsorge am 23. Juni ist jedes Jahr dafür da, die Leistungen kommunaler Unternehmen in den Mittelpunkt zu stellen.

-> Was leisten [kommunale Unternehmen](#) vor Ort?

### 3 | Broschüre „Compliance in kommunalen Unternehmen“: Erweiterte Auflage erschienen

Der VKU hat die Broschüre „Compliance in kommunalen Unternehmen“ aktualisiert und erweitert. Unter anderem wurde die Schrift um aktuelle Themen wie IT-Sicherheit sowie Tax Compliance ergänzt.

-> Die Broschüre ist erhältlich über den [VKU-Shop](#)



### 2 | Helau und Alaaf an die kommunalen Stadtreiniger!

Rund 700 Tonnen Abfall fallen jährlich zwischen Weiberfastnacht und Aschermittwoch allein auf den Straßen der Karnevalshochburgen Köln, Düsseldorf und Mainz an: Kamelle, Konfetti, Flaschen und Co. landen häufig auf den Straßen. Während viele feiern, halten mehr als 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Stadtreiniger während der „jecken Tage“ Straßen und Gehwege sauber.

-> Information des VKU zur richtigen [Entsorgung in der fünften Jahreszeit](#)

### 4 | Think global, act local!

Vom 4. bis zum 6. Mai findet in München wieder die IFAT, die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, statt. Der VKU ist als Partner der Messe dabei und bietet seinen Standbesuchern ein breites Rahmenprogramm. Dabei wird auch das vom BMZ geförderte Projekt PREVENT vorgestellt: Darin arbeiten unter anderen kommunale Unternehmen aus Deutschland mit Kommunen aus Schwellen- und Entwicklungsländern mit dem Ziel des besseren Ressourcenschutzes zusammen.

-> Das komplette VKU-Programm auf der [IFAT](#)  
-> [PREVENT](#) Abfall Allianz



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin  
Fon +49 30 58 58 0-0  
Fax +49 30 58 58 0-100  
info@vku.de

www.vku.de



Highlight  
im März

## Einladung zum Politischen Frühstück „11011 Berlin“ am 11. März 2020

### EU-Kunststoffrichtlinie: Hersteller stärker in die Pflicht nehmen

Die EU-Kunststoffrichtlinie verpflichtet Hersteller, sich in Zukunft finanziell an den Reinigungs- und Entsorgungskosten bestimmter Plastikprodukte zu beteiligen. Damit bietet die Umsetzung die Chance, Plastikabfälle zu vermeiden und die Kosten der Stadtreinigung gerechter zu verteilen.

Wie dabei klug die Leitplanken definiert werden können, hat **Prof. Dr. Walter Frenz**, RWTH Aachen, im Auftrag des VKU in einem Rechtsgutachten beleuchtet. Gemeinsam mit **VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp** wird er beim parlamentarischen Frühstück folgenden Fragen auf den Grund gehen:

- Was bedeutet die EU-Kunststoffrichtlinie für Deutschland?
- Wie können Einwegprodukte zurückgedrängt und Städte sauberer gemacht werden?
- Wie sollte die finanzielle Herstellerverantwortung in Deutschland umgesetzt werden?

**Mittwoch, 11. März 2020**  
**von 7:30 bis 8:30 Uhr**  
**im Hotel Steigenberger am Kanzleramt,**  
**Ella-Trebe-Straße 5, 10557 Berlin,**  
**Raum Private Dining I**

Bitte melden Sie sich unter [kpa@vku.de](mailto:kpa@vku.de) an.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch.**



Prof. Dr. Walter Frenz,  
RWTH Aachen



Patrick Hasenkamp,  
VKU-Vizepräsident

Besuchen Sie den VKU auf der IFAT



Direkt zum  
[Programm des VKU  
auf der IFAT](#)